

- 16 (Eighth) Report of the Human Rights Committee, A/39/40., S.142.  
 17 (Seventh) Report of the Human Rights Committee, A/38/40, S.109.  
 18 Einen Überblick geben P. Brar, The Practice and Procedures of the Human Rights Committee under the Optional Protocol of the International Covenant on Civil and Political Rights, Indian Journal of International Law 25(1985), S.506ff., sowie A. de Zayas/J. Th. Möller/T. Opsahl, Application of the International Covenant on Civil and Political Rights under the Optional Protocol by the Human Rights Committee, German Yearbook of International Law 28 (1985), S.9ff.  
 19 In der Beschwerdesache Hammel/Madagaskar, Rechtssache 155/1983, hat der Ausschuß die madagassische Regierung in seiner Stellungnahme vom 3.4.1987 ausdrücklich getadelt, weil sie einen französischen Anwalt unter anderem wegen Kontaktnahme mit dem Ausschuß ausgewiesen hatte.  
 20 Stellungnahme vom 6.4.1983, Rechtssache 104/1981, Taylor und Western Guard Party/Kanada, (Seventh) Report (Anm.17), S.231, 236, deutsche Übersetzung: Europäische Grundrechte-Zeitschrift (EuGRZ) 1983, S.409, und vom 10.4.1984, Rechtssache 163/1984, Coordinamento/Italien, (Eighth) Report (Anm.16), S.197, 198, deutsche Übersetzung: EuGRZ 1984, S.294.  
 21 Stellungnahme vom 9.7.1985, Rechtssache 185/1984, L.T.K./Finnland, (Ninth) Report (Anm.12), S.240, 242; deutsche Übersetzung: EuGRZ 1986, S.3.  
 22 Stellungnahme vom 18.7.1986, Rechtssache 118/1982, J.B. et al./Kanada (Alberta

- Union-Fall), (Tenth) Report (Anm.11), S.151, 158f. mit abweichendem Votum Lal-lah, Mavrommatis, Opsahl und Wako; deutsche Übersetzung: EuGRZ 1987, S.47.  
 23 Stellungnahme vom 8.4.1986, Rechtssache 112/1981, Y.L./Kanada, (Tenth) Report (Anm.11), S.145, 148 Nr.9.2 mit abweichendem Votum Graefrath, Pocar und Tomuschat; deutsche Übersetzung: EuGRZ 1986, S.453.  
 24 So hat das Urteil Benthem vom 23.10.1985, Publications of the European Court of Human Rights, Ser.A, Vol.97, das gesamte System des Verwaltungsrechtsschutzes in den Niederlanden in Frage gestellt.  
 25 Stellungnahme vom 9.4.1987, Rechtssachen 172, 180, 182/1984, Broeks, Danning und Zwaan-de Vries/Niederlande.  
 26 Vgl. einerseits C. Tomuschat, Equality and Non-Discrimination under the International Covenant on Civil and Political Rights, in: Staatsrecht – Völkerrecht – Europarecht. Festschrift für Hans-Jürgen Schlochauer, 1981, S.691ff., andererseits B.G.Ramcharan, Equality and Non-Discrimination, in: L. Henkin (ed.), The International Bill of Rights, 1981, S.246ff.  
 27 Vgl. dazu die Angaben in (Ninth) Report (Anm.12), S.144f., Nr.701 – 706.  
 28 Vgl. Verhandlungsprotokoll CCPR/C/SR.667, Nr.29(1986).  
 29 Allgemein dazu C. Tomuschat, Die Krise der Vereinten Nationen, Europa-Archiv, Folge 4/1987, S.97ff.

## Anzeichen für eine neuerliche Anerkennung der Vereinten Nationen

Bericht des Generalsekretärs über die Arbeit der Organisation an die 42. Generalversammlung

JAVIER PÉREZ DE CUÉLLAR

Inmitten fortdauernder regionaler Zerwürfnisse und wirtschaftlicher und sozialer Notstände hat es im vergangenen Jahr Anlässe gegeben, bei denen sich unter den Nationen eine größere Solidarität bei der Auseinandersetzung mit schwerwiegenden Problemen von globaler Tragweite im multilateralen Rahmen der Vereinten Nationen abzeichnete. Diese Entwicklung blieb zwar begrenzt und bruchstückhaft, sie könnte jedoch weitreichende Bedeutung erlangen, da sie meines Erachtens ihren Ursprung in dem hat, was ich als einen sich vergrößernden Gemeinschaftlichkeitsfaktor in den internationalen Beziehungen bezeichnen möchte. Ich meine damit das allgemein akzeptierte Anliegen, bestimmten lebenswichtigen globalen Herausforderungen erfolgreich zu begegnen, was auch einschließt, die Voraussetzungen für eine tragfähige wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen, eine gastliche globale Umwelt zu erhalten, die größten Verstöße gegen die Menschenrechte zu beseitigen, vor Landesgrenzen nicht haltmachende Bedrohungen für die Gesundheit der Gesellschaft und des einzelnen auszuräumen und letztlich vor allem den nuklearen Untergang zu verhindern. Länder der unterschiedlichsten politischen Ausrichtungen und Wirtschaftsordnungen haben damit begonnen, die Probleme einer interdependenten Welt mit neuem Pragmatismus anzugehen, wobei sie sich der Gefahren der Tatenlosigkeit bewußt sind. Dies kann eine vielversprechende Ausgangsbasis für eine umfassendere multilaterale Zusammenarbeit und für eine größere Effektivität der Vereinten Nationen sein. Es ist, als ob mitten auf gefährlicher See ein leichter, aber günstiger Wind die Segel des kleinen Bootes, in dem alle Menschen dieser Erde sitzen, erneut strafft.

Die Vereinten Nationen haben bei der Herbeiführung eines Konsenses in globalen Fragen eine wichtige katalysierende Wirkung ausgeübt, und sie selbst sind, so meine ich, gleichzeitig Gegenstand größerer Übereinstimmung als bei meinem letzten Bericht an die Generalversammlung. Sie kämpfen noch immer mit einer Finanzkrise, die sehr schädliche Ausmaße angenommen hat. Und dennoch steht man heute deutlich stärker zu den Vereinten Nationen, was teilweise auf die Einsicht zurückzuführen ist, daß sich die Organisation ernsthaft in Gefahr befand, aber, wie mir scheint, noch viel mehr darauf, daß sich die internationale Situation politisch, wirtschaftlich und sozial so verändert hat, daß über jeden Zweifel hinaus deutlich wurde, wie sehr die Vereinten Nationen und andere multilaterale Organisationen gebraucht werden und welchen einzigartigen Wert sie darstellen.

Die letzten Monate schienen von der Finanzkrise und den Verwaltungsreformen völlig beherrscht zu sein. Es ist unter den Umständen meiner Meinung nach besonders wichtig anzuerkennen, welche innere Stärke die Vereinten Nationen damit bewiesen haben, daß sie die Nationen bei der Verfolgung gemeinsamer Ziele an einen Tisch zusammengebracht haben, wobei diese Ziele von der Beendigung des Krieges zwischen Irak und Iran über den Schutz der Umwelt bis hin zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs reichen. Aus dieser Erkenntnis heraus dürfte man zukünftig verstärkt für die Vereinten Nationen eintreten und ihnen die größere Unterstützung zuteil werden lassen, die sie benötigen, um die positive Tendenz, die sich in der Auseinandersetzung mit bestimmten Problemen abzeichnet, auf ein noch breiteres Spektrum von Fragen zu übertragen, von deren Lösung die Schaffung einer friedlichen Welt abhängt.

Wenn ich hier bestimmte positive Entwicklungen der letzten Monate herausgreife, möchte ich damit keineswegs die höchst unbefriedigenden Zustände in der Welt oder die Größenordnung der Aufgaben unterschätzen, die noch vor uns liegen. Selbst wenn die günstigen Windverhältnisse des vergangenen Jahres weiter anhalten, wird unser

Schiff ›Erde‹ einen geschickten Steuermann und die Hilfe engagierter Ruderer brauchen, um die vielen Untiefen zu umschiffen und im nächsten Jahrhundert einen sicheren Hafen zu erreichen. Die Ereignisse der vergangenen Monate haben gezeigt, daß dies machbar ist – daß die Nationen, wie auch früher schon, zusammenarbeiten können, wenn sie sich großen Herausforderungen gegenübersehen. Es wird dadurch meines Erachtens zu einer vollständigeren Verwirklichung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen kommen und letztlich zu einer neuen Chance für den Frieden.

### I

Die internationale Sicherheitslage ist im letzten Jahr alles andere als statisch gewesen. Wenn auch größere Konflikte immer noch andauern und die Waffen weder mengenmäßig noch hinsichtlich ihrer tödlichen Wirkung bislang reduziert worden sind, so sind doch Initiativen ergriffen und Verhandlungen vorangebracht worden und ist der Sicherheitsrat in einer Art und Weise tätig geworden, die an sich schon eine vielversprechende Neuerung darstellt. Meinem Gefühl nach setzt sich immer mehr die Erkenntnis durch, daß die regionalen Konflikte der Gegenwart, ganz abgesehen von dem Leid, das sie unweigerlich verursachen, für die internationale Gemeinschaft insgesamt unannehmbare Risiken mit sich bringen und daß die Zahl der derzeit dislozierten Kernwaffen unter jedweden Gesichtspunkt ungerechtfertigt ist.

Der Krieg zwischen Irak und Iran, der eine Bedrohung für die gesamte Region darstellt und noch weitere Kreise zu ziehen droht, dauert nun schon fast acht blutige Jahre. Im vergangenen Jahr haben sich bei diesen bereits lange anhaltenden Feindseligkeiten Anzeichen einer gefährlichen Eskalation und Ausweitung bemerkbar gemacht, die auf die dringende Notwendigkeit erneuter Anstrengungen seitens der Vereinten Nationen zur Beendigung dieses Blutvergießens hindeuteten. Im Januar habe ich den Sicherheitsrat dazu aufgerufen, nach Möglichkeit auf Außenministerebene Konsultationen über Maßnahmen zur Einstellung des Krieges zu führen, nachdem ich den Parteien bereits 1985 acht Punkte vorgeschlagen hatte, die ihnen als Grundlage dienen könnten, um den Feindseligkeiten Einhalt zu gebieten und den Weg zum Frieden freizumachen. Der Rat handelte mit Entschiedenheit und verabschiedete einstimmig eine Resolution, in der er den sofortigen Vollzug der bereits zu einem früheren Zeitpunkt geforderten Feuereinstellung anordnete und Maßnahmen festlegte, die die beiden Länder ergreifen sollten, um eine Friedensgrundlage zu schaffen. Die fünf Ständigen Mitglieder waren die treibende Kraft hinter diesem Tätigwerden des Rates und nahmen die Verantwortlichkeit wahr, aus der sich ihre Sonderstellung ableitet. Die Resolution des Sicherheitsrats ist ein unmißverständlicher Beweis für den aufrichtigen Wunsch der internationalen Gemeinschaft, diesem Zerwürfnis ein Ende zu bereiten. Sie enthält in sorgfältig aufbereiteter Form die Grundlagen für eine Lösung, die den berechtigten Anliegen beider kriegführender Parteien Rechnung trägt. In dieser Resolution wird mir ein klarer Auftrag erteilt, dem ich zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts in seinen vielfältigen Dimensionen dadurch nachzukommen versuche, daß ich mit den beiden Regierungen intensive Gespräche führe. Dies wird mich nun nach Irak und Iran führen. In Anbetracht der Kooperationsbereitschaft der Beteiligten müssen wir jetzt auf eine baldige umfassende Regelung hoffen, die dem Gebot der Gerechtigkeit und der Ehre Genüge tut.

Zu Jahresbeginn habe ich mich ganz besonders dafür eingesetzt, daß die Einberufung einer internationalen Friedenskonferenz über den

Nahen Osten weiter verfolgt wird. Mit breiter Unterstützung der internationalen Gemeinschaft habe ich mit den Beteiligten und den Mitgliedern des Sicherheitsrats zahlreiche Konsultationen geführt. Bei diesen Konsultationen ging es sowohl um die grundsätzliche Frage der Abhaltung einer Konferenz als auch um Verfahrensfragen. Die Ansichten, die mir gegenüber zum Ausdruck gebracht wurden, unterschieden sich in ihrer Nuancierung und in Einzelheiten, jedoch wurde generell die Hoffnung geäußert, es könne eine so weitgehende Annäherung erzielt werden, daß die Einberufung einer Konferenz möglich würde, auf der die schwierigeren Sachfragen in einem konstruktiven Geist angeschnitten werden könnten. Leider ist es bisher noch nicht möglich gewesen, die Zustimmung aller Beteiligten zur grundsätzlichen Frage einer internationalen Konferenz zu erhalten, was meine Bemühungen um Fortschritte bei den Verfahrensfragen behindert hat. Bilaterale Bemühungen zur Förderung des Friedensprozesses sind allem Anschein nach ebenfalls in Schwierigkeiten geraten. Trotz dieser Rückschläge muß die Suche nach einer umfassenden Verhandlungslösung unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen und unter Beteiligung aller Parteien unbedingt weitergehen.

Zwanzig Jahre ist es nunmehr her, daß der Sicherheitsrat einstimmig die Resolution 242(1967) verabschiedet hat, in der damals ein wichtiger erster Schritt zur Regelung aller Aspekte des arabisch-israelischen Konflikts gesehen wurde. In dieser Zeit mußten die Bewohner dieser Region zwei große Kriege über sich ergehen lassen. Eine Beibehaltung des Status quo steht im Widerspruch zu den Interessen aller Beteiligten — sie behindert die wirtschaftliche Entwicklung, die soziale Stabilität und die Entscheidungsfreiheit. Bei der Suche nach einer umfassenden Regelung sollte die Herbeiführung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Mittelpunkt stehen, der den Bestrebungen aller in dieser Region lebenden Menschen entspricht. Der Akzent sollte, wie mir scheint, eher auf diesen Zielsetzungen als auf Verfahrensfragen liegen. Der richtige Weg ist eindeutig der, der zu erfolgreichen Verhandlungen führt, ausgehend von den Resolutionen 242(1967) und 338(1973), und der den Rechten der Palästinenser voll Rechnung trägt. Auf Grund meiner eingehenden Konsultationen bin ich der Überzeugung, daß die Zusammensetzung und Tagesordnung einer Konferenz keine unüberwindlichen Hindernisse darstellen dürften. Ohne Verhandlungen läßt sich keine Lösung finden. Ein weiterer Aufschub kann nur zusätzliche Gewalt und Gefahren bringen, die ohnehin schon zum Alltag der Menschen im Nahen Osten gehören.

Auch in anderen Teilen der Welt eröffnen sich neue Gelegenheiten zur Beilegung alter Differenzen und zur Aufnahme positiverer und fruchtbarer Beziehungen. Zwei afrikanische Länder, Mali und Burkina Faso, haben sich einem Urteil des Internationalen Gerichtshofs zur Lösung einer zwischen ihnen bestehenden Grenzstreitigkeit unterworfen, und in Mittelamerika haben El Salvador und Honduras einen ähnlichen, schon seit langem andauernden Streit dem Gerichtshof zur Entscheidung vorgelegt. Damit haben diese Länder den in der Charta vorgeschriebenen Weg zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten beschritten — den Weg der Vernunft und des Friedens.

Obwohl in Südostasien immer wieder Spannungen auftreten und der Konflikt in Kamputschea anhält, bieten sich meiner Meinung nach auch dort Gelegenheiten zur Festigung des Friedens. Die Länder der Region haben alle ein aufrichtiges Interesse an wirtschaftlicher Entwicklung und am Wiederaufbau. Ganz offensichtlich würde eine Lösung des Kamputschea-Problems bedeutsame neue Möglichkeiten eröffnen — ja sie wäre sogar von allerhöchster Wichtigkeit. Ich habe dieses Problem schon immer aufmerksam verfolgt und habe den entsprechenden Ländern einige Gedanken in der Hoffnung unterbreitet, damit einer Lösung näherzukommen. In letzter Zeit habe ich Anzeichen dafür entdeckt, daß die Dinge etwas in Bewegung gekommen sind, und ich hoffe, daß sie sich in der richtigen Richtung weiterentwickeln werden. In der Zwischenzeit leisten die Vereinten Nationen weiterhin Kamputscheanern, insbesondere im Grenzgebiet zu Thailand, humanitäre Hilfe.

Auch im Fall der Westsahara besteht meiner Meinung nach eine Möglichkeit voranzukommen. Dem Ersuchen der Generalversammlung folgend, sind der Vorsitzende der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) und ich mehrmals gesondert mit den Beteiligten zwecks Herbeiführung einer Lösung des Problems zusammengetroffen. Bei diesen Treffen lag der Schwerpunkt unserer Gespräche auf den Modalitäten für eine Feuereinstellung und eine Volksbefragung. Da eine Prüfung dieser Probleme bestimmte Sachinformationen voraussetzt, die nur in dem Gebiet selbst zugänglich sind, vertreten der Vorsitzende der OAU und ich die Auffassung, daß sie am besten durch die Entsendung einer technischen Studiengruppe in das Gebiet eingeholt werden können. Nach Erhalt dieser Informationen werden wir eine Reihe von Vorschlägen ausarbeiten können, mit dem Ziel, eine faire und vernünftige Basis für die Beilegung dieses Problems zu schaffen. Ich bin zuversichtlich, daß, wenn hierbei mit der erforderlichen Flexibilität und Entschlossenheit vorgegangen wird, weitere Fortschritte auf dem Weg zu einer Regelung möglich sind.

Die seit langem schwellende Konfrontation zwischen Nord- und Südkorea ist gewissermaßen eine Nachwirkung des Zweiten Weltkriegs, der zur Teilung der koreanischen Halbinsel geführt hat. Im vergangenen Jahr hat sowohl der Norden als auch der Süden eine Reihe von Vorschlägen im Hinblick darauf unterbreitet, die Gespräche zur Überwindung der strittigen Fragen zwischen den beiden Seiten wiederauf-

zunehmen. Bei meinen ständigen Kontakten zu den Beteiligten habe ich meine Bereitschaft erklärt, Maßnahmen zum Abbau der Spannungsursachen auf der Halbinsel in jeder geeigneten Weise zu unterstützen. Ernsthafte Gespräche zur Verminderung der Härten, welche den Koreanern auf Grund der Trennung auferlegt sind, würden dem pragmatischen Denken entsprechen, das in zunehmendem Maße die Beziehungen in Ostasien prägt. Welche Vorteile der internationalen Gemeinschaft aus einem solchen Denken erwachsen können, zeigt sich an dem Abkommen, das China und Portugal dieses Jahr über die 1999 erfolgende Rückkehr Macaus unter chinesische Hoheitsgewalt geschlossen haben, wie auch an dem früheren Abkommen zwischen China und dem Vereinigten Königreich über Hongkong. Ein weiteres Beispiel dafür in Südostasien ist der neugegründete Südasiatische Verband für regionale Zusammenarbeit. Sein Erfolg bei der Förderung der gesamtregionalen sozio-ökonomischen Zusammenarbeit kann sich auch auf die politischen Beziehungen günstig auswirken.

Die Bemühungen um eine Lösung des Problems im Zusammenhang mit Afghanistan sind weit vorgeschritten. Die mittels der Guten Dienste des Generalsekretärs geführten langwierigen, unpollemischen Verhandlungen zielen auf eine realistische Lösung ab. Beachtliche Fortschritte sind bereits erzielt worden. Eine Regelung ist jedoch nur dann herbeizuführen, wenn unter den Afghanen eine nationale Ausöhnung stattfindet, die den Weg zur Bildung einer Regierung eröffnet, in der alle Afghanen, ob sie nun im Ausland oder im Inland leben, eine Stimme haben. Alle Beteiligten müssen jetzt nur noch diejenigen Entscheidungen treffen, die notwendig sind, um den Frieden wiederherzustellen und dem afghanischen Volk die Rechte zu verschaffen, die nach der Charta der Vereinten Nationen allen zuteil werden sollen. Ich bin zuversichtlich, daß die Vereinten Nationen mit der vollen Unterstützung der Mitgliedstaaten in der Lage sein werden, allen Aufgaben nachzukommen, die eine Regelung ihnen eventuell abverlangt. Ich brauche sicherlich nicht noch einmal zu betonen, welche großen Vorteile ein neutrales, unabhängiges und nichtgebundenes Afghanistan für die unmittelbar Beteiligten und überhaupt für die internationalen Beziehungen bringen würde, von deren weiterer Ausgestaltung Fortschritte in anderen Angelegenheiten so sehr abhängen.

Gegen Ende des vergangenen Jahres hat der Generalsekretär der Organisation der Amerikanischen Staaten, der sich wie ich des besorgniserregenden Ausmaßes der Spannungen und der Gewalt in Mittelamerika bewußt ist, gemeinsam mit mir den Ländern dieser Region mitgeteilt, welche Unterstützung unsere beiden Organisationen — jede für sich oder gemeinsam — zur Verfügung stellen könnten, um zur Lösung der Probleme der Region beizutragen. Ich bin immer der Überzeugung gewesen, daß eine solche Lösung von den mittelamerikanischen Ländern selbst gefunden werden müsse, doch habe ich bei meiner Reise durch die Region mit den Außenministern der Contadora-Gruppe und der Unterstützungsgruppe sowie mit dem Generalsekretär der Organisation der Amerikanischen Staaten im vergangenen Januar kaum Anzeichen für einen politischen Willen zur Lösung der fortdauernden Konflikte finden können. Um so mehr ist der Friedensplan als wichtiger Durchbruch zu begrüßen, dem die Länder im letzten Monat in Guatemala auf der Grundlage eines Vorschlags des Präsidenten von Costa Rica zugestimmt haben. Ich fühle mich jetzt dazu veranlaßt, mein früheres Urteil zu revidieren. Es hat den Anschein, als gebe es echte Impulse für einen Frieden. Die Bestimmungen des Friedensplans lassen erkennen, daß die Verpflichtungen zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten respektiert werden, die diese Länder mit der Charta der Vereinten Nationen und der Charta der Organisation der Amerikanischen Staaten eingegangen sind. Zur Unterstützung des Friedensprozesses habe ich mich meinerseits einverstanden erklärt, als Mitglied des Internationalen Ausschusses für Verifizierungs- und Folgemaßnahmen zu fungieren, der mit dem Abkommen von Guatemala vom 7. August 1987 geschaffen worden ist, und ich werde in jeder weiteren nach der Charta gebotenen Weise behilflich sein. Bei den ausschlaggebenden weiteren Verhandlungen, die noch bevorstehen, wird die Unterstützung der gesamten internationalen Gemeinschaft dringend benötigt. Diese günstige Gelegenheit, nunmehr Frieden zu schließen, die von den politischen Führern der Region, wie ich meine, in pragmatischer Reaktion auf die grundlegendsten Belange ihrer Völker herbeigeführt worden ist, dürfen wir nicht ungenutzt verstreichen lassen.

Bedauerlicherweise ist es im Südlichen Afrika nach wie vor schwierig, auf dem Weg zu einer friedlichen Beilegung der Probleme der Region voranzukommen. Dies ist weitgehend eine Folge der systematischen Rassendiskriminierung, wie sie sich in der Apartheidpolitik präsentiert, und der ungerechtfertigten Verzögerungen beim Übergang Namibias zur Unabhängigkeit.

In Südafrika droht allem Anschein nach eine menschliche Tragödie von überwältigendem Ausmaß, sofern nicht rechtzeitig etwas dagegen unternommen wird. Wie sich besonders das ganze vergangene Jahr hindurch gezeigt hat, führt die Apartheidpolitik unweigerlich zu Widerstand und Unterdrückung und vergiftet die Lebensqualität aller Bewohner des Landes. Ein institutionalisiertes System der Rassendiskriminierung, das der großen Mehrheit der Bevölkerung grundlegende Menschenrechte verweigert, läuft den elementarsten Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen zuwider, zu denen sich alle Mitgliedstaaten bekannt haben. Die zerstörerischen Folgen der Aufzwingung dieses Systems gehen weit über Südafrika hinaus und erstrecken sich

auf die gesamte Region, die wiederholte Male das Opfer von Aggressionshandlungen, Sabotage und Destabilisierungsakten wurde. Besonders verheerend waren die Auswirkungen in Angola und Mosambik. In letzterem hat sich die Situation so verschärft, daß mich die Regierung um Unterstützung bei der Mobilisierung internationaler Hilfsmaßnahmen zur Milderung des Hungers und Leidens gebeten hat, von denen seine Bevölkerung auf so tragische Weise heimgesucht wird. Die Frontstaaten bedürfen vermehrter Unterstützung seitens der internationalen Gemeinschaft, damit sie wirtschaftlicher Strangulation und politischer Destabilisierung entgegenwirken können.

Auch die anhaltende Weigerung, Namibia die Unabhängigkeit zu gewähren, führte zu nicht nachlassender Gewalt und unendlichem Leid. Im vergangenen Monat habe ich meinen Sonderbeauftragten für Namibia in die Region entsandt, um zu untersuchen, wie der tote Punkt bei der Durchführung der Resolution 435(1978) des Sicherheitsrats überwunden werden könnte. Seine Gespräche haben bestätigt, daß es bei einer realistischen, von ehrlicher Besorgnis um das Wohl der Bewohner dieses Gebietes getragenen Neuüberprüfung der Situation möglich sein müßte, den Weg für die Durchführung des Namibiaplans der Vereinten Nationen freizumachen.

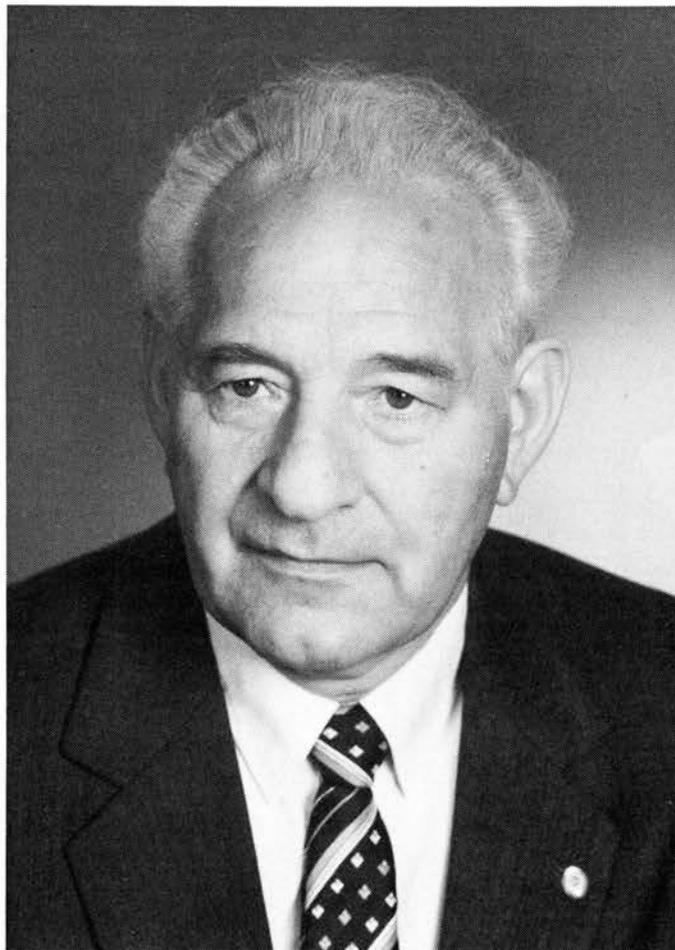
Ich möchte an alle Mitgliedstaaten appellieren, ihren Einfluß geltend zu machen, damit im gesamten Südlichen Afrika sozialer und wirtschaftlicher Fortschritt in Freiheit herbeigeführt werden kann. Dazu wird es in ausreichendem Maße nur dann kommen, wenn die Apartheid beseitigt wird, wenn die Menschenrechte aller Südafrikaner und der Bewohner der gesamten Region geachtet werden und wenn das namibische Volk die Freiheit und Unabhängigkeit genießen kann, auf die es Anspruch hat. Es ist ein konzertiertes Vorgehen der internationalen Gemeinschaft notwendig, wenn diese Ziele erreicht werden sollen.

Das Zypern-Problem sollte einer fairen Beilegung im Rahmen ernsthafter, zielgerichteter Verhandlungen zugänglich sein, die den Grundanliegen beider Seiten Rechnung tragen. Bei einer Reihe von Anlässen haben sich ermutigende Entwicklungen abgezeichnet, die die beiden zyprischen Volksgruppen an die Schwelle echten Fortschritts brachten. Zur Zeit gibt der Stand der Dinge in Zypern allerdings wieder zu größerer Besorgnis Anlaß, und es findet, wie ich dem Sicherheitsrat berichtet habe, zur Zeit auf der Insel ein potentiell höchst gefährlicher militärischer Kräfteaufbau statt. Sollten die derzeitigen Tendenzen anhalten, so ist die Möglichkeit ernsthafter Konfrontationen in den nächsten Monaten nicht auszuschließen. Bei den truppenstellenden Regierungen, ohne deren Großzügigkeit die Friedenssicherungstruppe auf Zypern nicht aufrechterhalten werden könnte, wächst die Unzufriedenheit über das Ausbleiben von Fortschritten auf dem Weg zu einer Regelung wie auch über die zunehmende finanzielle Belastung, die sie zu tragen haben. Besonders beunruhigend ist, daß unter diesen Umständen die Bemühungen um eine Wiederbelebung produktiver Verhandlungen in eine Sackgasse geraten sind. Ich habe vor, weiter nach Möglichkeiten zur Vertrauensstärkung und zur Schaffung der Voraussetzungen für eine Wiederaufnahme sinnvoller Verhandlungen zu suchen. Es geht um die Verwirklichung des Ziels einer nichtgebundenen föderativen Republik Zypern, die entsprechend den auf hoher Ebene getroffenen Vereinbarungen von 1977 und 1979 Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität genießt.

Das Fortdauern eines regionalen Konflikts gefährdet weit mehr als nur die unmittelbar Beteiligten. Zu allen den von mir angesprochenen Problemen, ob dabei nun positive Entwicklungen eingetreten sind oder ob sie noch in einer Sackgasse stecken, werden von den Regierungen Entscheidungen getroffen werden, die sich je nach ihrer Art positiv oder negativ auf das Leben und die Zukunft der Menschen in der jeweiligen Region und über diese hinaus auswirken können. Ich möchte alle diejenigen, die in Konfliktgebieten die Regierungsverantwortung tragen, auffordern, sich von dieser Überlegung leiten zu lassen, wenn sie Entscheidungen treffen, bei denen ein weiteres Zugehen auf die andere Partei den Frieden oder die Überwindung einer sterilen Pattsituation bedeuten könnte.

## II

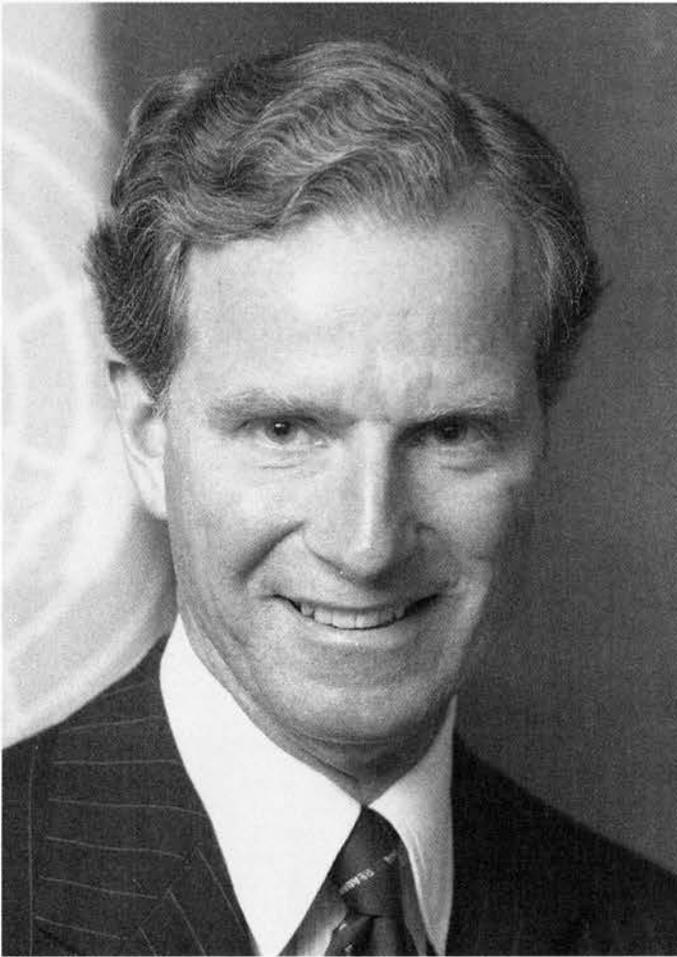
Bei nahezu allen regionalen Konflikten, an deren Lösung die Vereinten Nationen mitbeteiligt sind, läßt sich absehen, daß Friedenssicherungsoperationen der Vereinten Nationen gebraucht werden. Im Fall von Namibia sieht der einvernehmliche Plan der Vereinten Nationen den Einsatz von Militär- wie auch von Zivilpersonal zur Wahrnehmung entscheidender friedenssichernder Funktionen während des Übergangs zur Unabhängigkeit vor. In anderen Fällen könnten neue und innovative Formen der Friedenssicherung erforderlich werden. In den letzten Jahren haben verschiedene Konflikte auf das Meer übergreifen und damit die Möglichkeit eröffnet, daß die Vereinten Nationen, als Teilbeitrag zu der Beendigung eines Krieges, eine Rolle bei der Gewährleistung der Sicherheit ziviler Schiffe und bei der Friedenserhaltung auf See übernehmen müssen. Jede Operation zur Wahrung des Friedens im Meeresgebiet würde sich von der Friedenssicherung zu Lande in wesentlichen Aspekten unterscheiden, obwohl dieselben allgemeinen Grundsätze zur Anwendung kämen. Derzeit könnten solche Operationen kaum so schnell und situationsgerecht eingeleitet werden, wie das bei landgestützten Operationen der Fall gewesen ist. Es



Den Präsidenten der 42. Generalversammlung der Vereinten Nationen stellt die Deutsche Demokratische Republik mit Peter Florin. Florin, am 2. Oktober 1921 in Köln geboren – seine Eltern mußten 1933 zunächst nach Frankreich und dann in die Sowjetunion emigrieren –, nahm nach seinem Studium in Moskau am Kampf der Partisanen in Bjelorußland teil und war 1944 als Redakteur bei der Wochenzeitung des Nationalkomitees Freies Deutschland tätig. Vor Gründung der DDR war er Chefredakteur der Tageszeitung 'Freiheit' in Halle. Von 1949 bis 1952 gehörte Florin dem DDR-Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an. 1953 wurde er zum Leiter der Abteilung Außenpolitik beziehungsweise Internationale Verbindungen des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ernannt; dem Zentralkomitee gehört er als Vollmitglied seit 1958 an, der Volkskammer seit 1954. Von 1967 bis 1969 war er Botschafter der DDR in Prag, danach Erster Stellvertreter des Außenministers. Während seiner Dienstzeit als Ständiger Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik bei den Vereinten Nationen ab dem Beitritt im Herbst 1973 bis Anfang 1982 hatte er während der Amtsperiode der DDR im Sicherheitsrat (1980/81) zweimal den Vorsitz dieses Gremiums inne und fungierte als Vizepräsident der 31. Tagung der Generalversammlung. Nach Rückkehr aus New York wurde er zu einem der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten berufen; gleichzeitig erhielt er den Vorsitz der UNESCO-Kommission der DDR. – Peter Florin ist der zweite Deutsche, der das Amt des Präsidenten der Generalversammlung (der im Protokoll vor dem UN-Generalsekretär sowie den Regierungschefs und Außenministern rangiert) erlangte: Rüdiger Freiherr von Wechmar hatte dem Gremium während dessen 35. Tagung vorgestanden.

muß daher für solche Eventualitäten vorausgeplant und vorgesorgt werden, wobei es zweckmäßig wäre, auf internationaler Ebene den Rat von Experten aus dem Hochschul- und Verteidigungsbereich einzuholen.

Wenn ich hier mögliche künftige Friedenssicherungsmaßnahmen anspreche, darf ich nicht versäumen, denjenigen meine Hochachtung zu zollen, die diesen vornehmen Friedensauftrag im vergangenen Jahr wahrgenommen haben. Ihr Dienst ist mit Opfern verbunden gewesen, insbesondere im südlichen Libanon, wo die tapferen Soldaten der Libanon-Interimstruppe der Vereinten Nationen täglich ihr Leben eingesetzt haben und wo seit letztem August 21 Mann in Ausübung ihrer Dienstpflichten zum Schutz des Wohles ihrer Mitmenschen den Tod gefunden haben. Wert und Nutzen dieser Operationen sind vom Sicherheitsrat wiederholt bekräftigt worden. Die Tapferkeit und Einsatzbereitschaft derjenigen, die diesen Dienst erbringen, finden in der gesamten internationalen Gemeinschaft allerhöchste Anerkennung. So wichtig die Stationierung von Friedenssicherungstruppen zur Aufrechterhaltung einer stabilen Lage nach Einstellung der bewaffneten Auseinandersetzung, zur Trennung von Streitkräften und zur Ermöglichung von Verhandlungen auch ist und in Zukunft sein kann, ist sie doch kein Ersatz für die allererste Aufgabe der Vereinten Nationen, die darin besteht, den Ausbruch eines Krieges zu verhüten. Die schweren Krisen, mit denen man sich im vergangenen Jahr auseinandersetzen mußte und von denen viele schon seit langem andauern, zeigen, daß



Nachfolger des US-Amerikaners William B. Buffum im Amt des Untergeneralsekretärs für politische Fragen und Angelegenheiten der Generalversammlung und für Sekretariatsdienste ist seit dem 1. Juli sein Landsmann Joseph Verner Reed. Nach seinem Studium arbeitete Reed, der 1937 in New York geboren wurde, in zum Teil hochrangigen Positionen für die Weltbank und die Chase Manhattan Bank. Später vertrat er die Vereinigten Staaten als Botschafter in Marokko; zuletzt war er Vertreter der USA im Wirtschafts- und Sozialrat.

rechtzeitig wirksame multilaterale Maßnahmen ergriffen werden müssen, und zwar noch bevor die Probleme krisenhafte Ausmaße erreicht haben. Es wäre geradezu unsinnig, wenn man auch in Zukunft darauf verzichten wollte, die gesamte Präventivkapazität der multilateralen Organisationen voll zu nutzen. Eine der größten Tragödien der letzten Jahre ist der Ausbruch von brudermörderischen Konflikten zwischen Entwicklungsländern gewesen, denen zur Beilegung ihrer Differenzen doch die Hilfe regionaler Organisationen, der Bewegung der nichtgebundenen Länder und natürlich der Vereinten Nationen selbst zur Verfügung gestanden hat.

Ich möchte anregen, daß der Sicherheitsrat künftig vielleicht volleren Gebrauch von den Möglichkeiten — so auch von den Friedenstruppen — macht, die ihm nach der Charta zur Verfügung stehen, um Gewalt abzuwenden und die Beilegung von Streitigkeiten zu erleichtern, noch bevor ein bewaffneter Konflikt ausbricht. Wenn eine gefahrenträchtige Situation als solche erkannt worden ist, kann umgehend eine Untersuchungsmission entsandt werden, mit dem Ziel, sich einen genauen Überblick über das Problem zu verschaffen und auch den Parteien die Besorgtheit der Vereinten Nationen in ihrer Gesamtheit zu erkennen zu geben. Dem kommt entgegen, daß die gegenwärtigen Friedenserklärungsoperationen die politische Unterstützung aller ständigen Ratsmitglieder genießen, wenn auch die finanzielle Unterstützung seitens der Mitgliedstaaten bei weitem nicht ausreichend ist. Ich habe mich bemüht, unsere Frühwarnkapazität durch die Umbildung des politischen Bereichs im Sekretariat zu steigern.

Die Notwendigkeit internationaler Solidarität bei Präventivmaßnahmen beschränkt sich keineswegs auf politische Krisensituationen. Angesichts einer so globalen Bedrohung wie der allmählichen Zerstörung der Umwelt wird sie vielmehr besonders deutlich. Bei der längst aufgetretenen Ernährungskrise in Afrika hat die Völkergemeinschaft durch die Vereinten Nationen und andere internationale Organisationen viel getan, um die Katastrophe zu lindern. Sie hätte jedoch von vornherein nicht solche Ausmaße annehmen müssen. Die Verwundbarkeit der labilen Ökosysteme und Volkswirtschaften vieler afrikanischer Länder ist seit langem weithin bekannt. Vorsorgliche Maßnahmen zur Stärkung ihrer Widerstandskraft gegen Katastrophen sind in zu geringem Ausmaß getroffen worden.

In der jüngsten Vergangenheit haben sich noch andere Naturkatastrophen schrecklichen Ausmaßes ereignet, wobei der Vulkanausbruch in Kolumbien, das Erdbeben in Mexiko-Stadt und die wiederholten Überschwemmungen in Bangladesch zu den schlimmsten gehörten. Wie die Dürre in Afrika sind auch diese Katastrophen nicht verhütbar gewesen und werden dies auch in Zukunft nicht sein. Ihre zerstörerischen Auswirkungen hingegen können verringert werden. Wir sind heute viel eher in der Lage, den Ort und in geringerem Maße sogar den Zeitpunkt vorherzusagen, an dem sich bestimmte Naturkatastrophen wie etwa schwere Erdbeben, Vulkanausbrüche, Überschwemmungen, Wirbelstürme und Dürren am wahrscheinlichsten ereignen werden. Darüber hinaus verfügt man über gesicherte Kenntnisse, welche Maßnahmen im voraus getroffen werden können, um die Auswirkungen von Naturkatastrophen einzudämmen, wenn sie sich dann tatsächlich ereignen. Die Vorschläge, denen zufolge im Laufe der nächsten zehn Jahre unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen internationale Studien zu diesem Thema sowie eine entsprechende Planung und Vorsorge angeregt werden sollen, haben nach meinem Dafürhalten viel Gutes für sich.

### III

Abrüstung vermittelt einer ausgewogenen Waffenreduzierung unter angemessener Verifikation ist ein wesentlicher Bestandteil des dynamischen Friedensprozesses. Zu Recht hat somit die Abrüstung im Vordergrund der diplomatischen Aktivitäten des letzten Jahres gestanden. Neue Einstellungen und politisches Umdenken haben neues Leben in die seit langem sterile Abrüstungsszene gebracht. Zum ersten Mal scheinen gute Aussichten auf eine baldige Nettoverminderung der Kernwaffen zu bestehen. Ein Abkommen zwischen der UdSSR und den Vereinigten Staaten zur Beseitigung aller ihrer nuklearen Mittelstreckenraketen würde zwar noch immer genügend Kernwaffen übriglassen, um die Welt mehrfach zu vernichten, doch würde ihm echte Bedeutung zukommen. Ein solches Abkommen kann andere Ost-West-Verhandlungen, einschließlich der Verhandlungen über strategische Waffen, voranbringen, und indem es zeigt, daß eine Übereinkunft zwischen der UdSSR und den Vereinigten Staaten zur Zeit machbar ist, kann es anderen laufenden Abrüstungsverhandlungen neuen Auftrieb geben. Außerdem läßt sich darin zumindest ein erster Schritt auf dem Weg zu dem angestrebten Ziel der Beseitigung aller Kernwaffen sehen, zu dem diese beiden wichtigsten Atommächte sich erneut grundsätzlich bekannt haben. Bereits jetzt sind in der Genfer Abrüstungskonferenz positive neue Schritte gemacht worden, um den Vertrag über ein Verbot der Herstellung und des Einsatzes chemischer Waffen unter wirksamer Verifikation, über den schon lange verhandelt wird, zum Abschluß zu bringen. Fortschritte bei anderen Übereinkünften sind überfällig und werden sich meines Erachtens auch einstellen, wenn erst einmal spürbar wird, wie positiv die Beseitigung der sowjetischen und amerikanischen nuklearen Mittelstreckenraketen sich auswirkt. Besonders hervorheben möchte ich hierbei, wie erstrebenswert eine baldige Einigung über einen umfassenden Vertrag zum Verbot von Kernversuchen wäre, dem in den Vereinten Nationen seit vielen Jahren höchste Bedeutung beigemessen wird. Gehen diese Versuche, sofern sie auf die Entwicklung neuer oder die Verbesserung bereits dislozierter Waffen gerichtet sind, unvermindert oder sogar verstärkt weiter, so trägt dies dazu bei, die Beseitigung eines zur Zeit Verwendung findenden Flugkörpertyps in ihrem Wert zu schmälern und einen Wettstreit zu verewigen, der schon immer eine der Hauptursachen für Mißtrauen war.

In der Frage der Verifikation war es bei den meisten derzeit laufenden Abrüstungsverhandlungen schwierig, eine Einigung zu erzielen. Gerade hier können die Vereinten Nationen einen wichtigen Beitrag leisten. Bei entsprechend gründlicher Vorbereitung kann die bevorstehende dritte Sondertagung der Generalversammlung über Abrüstung eine wertvolle Gelegenheit zum Nachdenken darüber bieten, wie sich das diesbezügliche Potential der Organisation zur Geltung bringen läßt. Die Tagung wird gerade zum richtigen Zeitpunkt eine Überprüfung der Gesamttätigkeit der Vereinten Nationen in dem lebenswichtigen Bereich der Abrüstung ermöglichen, bei dem Rationalisierung und Innovation es den Mitgliedstaaten erlauben würden, ihre Ressourcen effektiv auf diejenigen Aktivitäten zu konzentrieren, die die besten Ergebnisse versprechen.

Die regionale Dimension der Abrüstung verdient große Aufmerksamkeit, da es ja die regionalen Konflikte sind, bei denen Waffen tatsächlich für kriegerische Zwecke eingesetzt werden. Der Erwerb erheblicher Mengen an hochentwickelten Waffen durch die Entwicklungsländer nimmt zu viele dringend anderweitig benötigte Ressourcen in Anspruch und trägt nicht das geringste zur Stärkung ihrer Wirtschaft bei. Außerdem nimmt dadurch ihre Auslandsverschuldung zu, und es wird eine sekundäre Importnachfrage geschaffen, die ihre Abhängigkeit noch verstärkt. Verbesserte regionale Sicherheitsvereinbarungen könnten dazu führen, daß diese Staaten ihren Bedarf an teuren Waffen und umfangreichen Streitkräften als weniger akut empfinden. Die zur Zeit in Wien laufenden Verhandlungen über Vertrauensbildende Maßnahmen und Truppenreduzierungen in Europa eröffnen für den Kontinent neue Aussichten. Was die Dritte Welt angeht, ist die Errichtung von Regionalzentren zur Förderung von Frieden und Abrüstung

durch die Vereinten Nationen eine vielversprechende Initiative auf diesem Gebiet, die es verdient, von allen Mitgliedstaaten unterstützt zu werden.

Nach meiner festen Überzeugung hat es der ganzen Welt zu großem Vorteil gereicht, daß bestimmte Regionen — wovon eine, der Weltraum, sogar unermesslich viel größer ist als unser Planet — von der Dislozierung von Kernwaffen oder, wie im Fall der Antarktis, von jeglicher militärischen Nutzung überhaupt freigehalten werden. In diesem Jahr ist es zwanzig Jahre her, seitdem der unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen abgeschlossene Vertrag über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper in Kraft getreten ist. Mit den Fortschritten in der Weltraumtechnologie und der Beteiligung von immer mehr Ländern an Weltraumaktivitäten gewinnt dieser Vertrag für das gemeinsame Schicksal der Menschheit immer größere Relevanz. Die Mitgliedstaaten sind gemeinsam dafür verantwortlich, daß er dem Buchstaben und dem Geist nach eingehalten wird. Ich möchte alle Länder, die über Kapazitäten auf dem Gebiet der Weltraumtechnologie verfügen, dazu aufrufen, bei der Verfolgung friedlicher Nutzungsmöglichkeiten des Weltraums bilateral und multilateral zusammenzuarbeiten, so insbesondere auch bei Projekten, die Entwicklungsländern die Vorteile der Weltraumtechnologie zugänglich machen. Der Beitrag der Vereinten Nationen sollte sich nicht nur darauf beschränken, Errungenschaften wie Tlatelolco, die Entmilitarisierung der Antarktis und den Vertrag über das Verbot der Anbringung von Kernwaffen auf dem Meeresboden zu bewahren, sie sollten vielmehr auch bestrebt sein, nach diesen Vorbildern neue Regionen für die ausschließlich friedliche Nutzung zu gewinnen.

#### IV

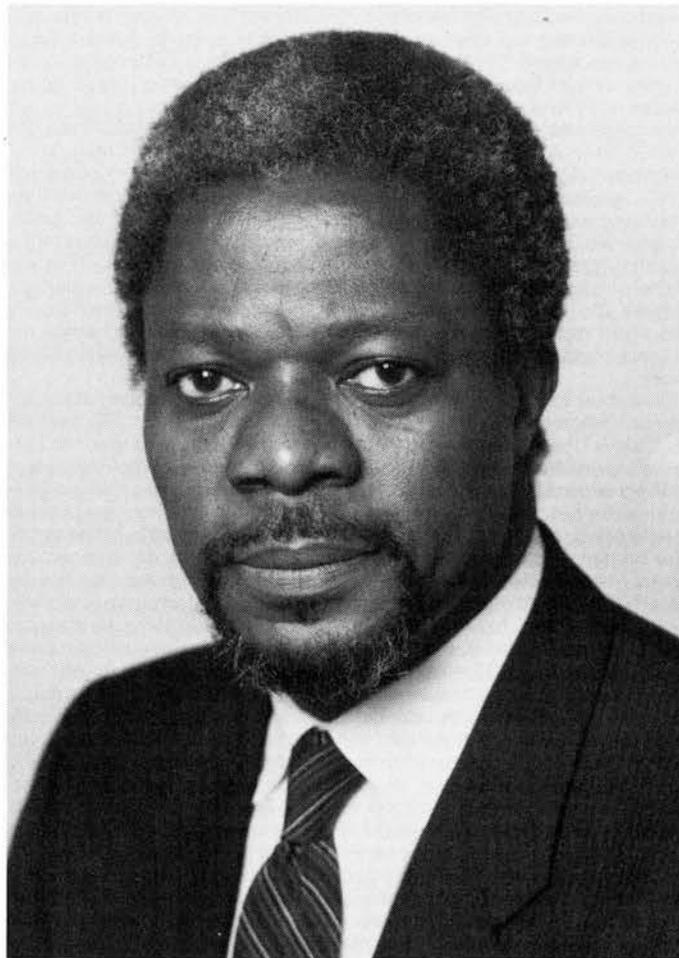
Ich habe in letzter Zeit — insbesondere bei Reden vor dem Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) und der Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) — Gelegenheit gehabt, meine Besorgnis über den höchst problematischen Zustand der Weltwirtschaft zum Ausdruck zu bringen. Aus den Erörterungen auf der Siebenten UNCTAD-Tagung und der vorausgegangenen Tagung des Rates geht hervor, daß viele dieser Sorgen von den Mitgliedstaaten geteilt werden. Die Weltwirtschaft verzeichnet in den achtziger Jahren ein erheblich langsames Wachstum als in den zwei vorangegangenen Jahrzehnten; das internationale Finanzsystem wird auf Grund des Verschuldungsproblems und der unbeständigen Wechselkurse weiter von einer Krise überschattet; der Welthandel ist in diesem Jahrzehnt durch den Protektionismus der größten Bedrohung seit den dreißiger Jahren ausgesetzt, obwohl doch weithin ein liberales Handelssystem befürwortet wird, und die Weltmarktpreise für Rohstoffe sind real auf den niedrigsten Stand seit fünfzig Jahren abgesunken. Wirtschaftswachstum, Handel und Finanzen sind entscheidende Voraussetzungen für eine weltweite Anhebung des Lebensstandards; sie haben jedoch ihre Rolle nicht voll erfüllt.

Die Folge davon sind heute niedrigere Pro-Kopf-Einkommen in den Entwicklungsländern als zu Beginn des Jahrzehnts und Arbeitslosenraten in den entwickelten Marktwirtschaften, die in den achtziger Jahren durchschnittlich doppelt so hoch sind wie in den siebziger Jahren. 1986 lebten 850 Millionen Menschen in Ländern, die keine Steigerung der Pro-Kopf-Produktion aufweisen konnten.

Das Bild ist indessen nicht völlig düster. Die Inflation, die sich einst fast weltweit negativ bemerkbar machte, ist in vielen Ländern unter Kontrolle gebracht beziehungsweise beseitigt worden. Einige große wie kleine Entwicklungsländer erleben eine anhaltende Periode raschen wirtschaftlichen Wachstums. Insgesamt gesehen ist der Zustand der Weltwirtschaft jedoch höchst unbefriedigend.

Ich halte es für wichtig, daß sich unter diesen Umständen ein tieferes Verständnis des engen Zusammenhangs zwischen wirtschaftlichen und sozialen Problemen herausgebildet hat. Auf Grund dieses engen Zusammenhangs lassen sich viele dieser Probleme nicht einzeln lösen. Die komplexen Voraussetzungen für eine anhaltende Entwicklung, von der die künftigen Lebensbedingungen in Entwicklungs- wie auch in entwickelten Ländern entscheidend abhängen, waren Gegenstand intensiver pragmatischer Untersuchungen. Der Bericht der Weltkommission zu Umwelt und Entwicklung, der den treffenden Titel 'Unsere gemeinsame Zukunft' trägt und auf Ersuchen der Generalversammlung von Experten verschiedenster geographischer Herkunft und politischer Richtung erstellt wurde, wirft ein deutliches Licht auf einige dieser Wechselbeziehungen, die bei der Formulierung und Durchführung einer soliden Wirtschafts- und Sozialpolitik berücksichtigt werden müssen. Außerdem hat eine Bewegung hin zu einer stärkeren Integration unterschiedlicher Wirtschafts- und Handelssysteme stattgefunden, ein Abrücken vom strengen Festhalten an Doktrinen. Diese Entwicklung hat sich meines Erachtens in den letzten Monaten in mehreren Fällen gezeigt, wo Mitgliedstaaten gegenüber Problemen im wirtschaftlichen Bereich einen pragmatischen Ansatz verfolgt und die von den Vereinten Nationen gebotenen Möglichkeiten genutzt haben.

Auf der Siebenten UNCTAD-Tagung einigten sich die Teilnehmerländer im Konsensverfahren auf eine Schlußakte, die eine sehr umfassende



Kofi A. Annan ist seit Februar dieses Jahres Beigeordneter Generalsekretär für den Bereich Personalwesen. Der 1938 geborene Ghanaer war zuvor Haushaltsdirektor im Bereich Finanzverwaltung des Sekretariats der Vereinten Nationen. Seine Ausbildung auf den Gebieten des Managements und der Wirtschaft erhielt er in Kumasi, Genf und Cambridge/Massachusetts; danach war er in verschiedenen Einrichtungen des Verbandes der Vereinten Nationen tätig. Vom November 1974 bis September 1976 war er an leitender Stelle in der ghanaischen Behörde zur Förderung des Tourismus tätig.

de Erklärung über die Probleme der Weltwirtschaft und über die zu ihrer Bewältigung erforderlichen Politiken und Maßnahmen enthält. Die von der Konferenz erzielten Ergebnisse in Sachfragen könnten Vorbildern entscheidender Fortschritte auf dem Weg zur Wiederbelebung der Entwicklung, des Wirtschaftswachstums und des internationalen Handels sein. Ich möchte bemerken, daß ein konstruktives Konferenzergebnis keineswegs mit Selbstverständlichkeit zu erwarten war. Ausschlaggebend war das gemeinsame Interesse am Erfolg, das, durch die Kraft der Vernunft unterstützt, in vielerlei Hinsicht zu realistischen Fortschritten geführt hat, so etwa hinsichtlich einer wachstumsorientierten Schuldenstrategie, hinsichtlich eines Ausgleichs zwischen der Notwendigkeit eines dauerhaften nichtinflationären Wachstums in der entwickelten Welt und wachstumsfördernder Bedingungen in den Entwicklungsländern sowie hinsichtlich neuer Anstöße für die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rohstoffe. Die Zielbewußtheit und Flexibilität, die alle beteiligten Gruppen bei der Konsensfindung im Rahmen einer Konferenz der Vereinten Nationen an den Tag gelegt haben, sind vielversprechend für eine konstruktive und pragmatische multilaterale Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet.

Die auf der Siebenten UNCTAD-Tagung erzielten Ergebnisse könnten nicht zuletzt einen entscheidenden Einfluß auf die kritische Wirtschaftslage in Afrika ausüben. In diesem Zusammenhang muß ich darauf hinweisen, daß die Durchführung der auf der 13. Sondertagung der Generalversammlung 1986 erzielten Vereinbarungen über das Vorgehen hinsichtlich Anpassungsmaßnahmen und Auslandsverschuldung in Afrika seitens der Geber und der Gläubiger bisher nur schleppend und vage ist. Viele afrikanische Länder haben in bestimmten Sektoren, vor allem in der Landwirtschaft und in der Wirtschaftsführung insgesamt, damit begonnen, einschneidende und umfassende Anpassungsbemühungen einzuleiten. Aber die internationale Gemeinschaft hat wenig Bereitschaft gezeigt, verstärkt finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Da die Wirtschaftsreformen in vielen Ländern unterminiert wurden, habe ich nach Absprache mit interessierten Regierungen und der Leitung der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds eine Gruppe hochrangiger Berater aus verschiedenen Regionen gebildet und sie beauftragt, mir vor Ablauf dieses Jahres über konkrete

Möglichkeiten zur Verbesserung der Finanzlage der afrikanischen Länder Bericht zu erstatten. Ich bin der Überzeugung, daß die Empfehlungen dieser Beratungsgruppe für die Finanzmittelvergabe an Afrika weitere Bemühungen fördern können, die auf spezifische Situationen realistisch abgestellt sind.

Andere in letzter Zeit eingeleitete Maßnahmen zur Verbesserung der Situation in Afrika sind ermutigend. Im Pariser Club hat man damit begonnen, für ausgewählte Länder öffentliche Kredite zu erheblich großzügigeren Konditionen umzuschulden. Vorschläge zu einer Verstärkung des Nettoressourcenzuflusses auf dem Weg über den Internationalen Währungsfonds und andere multilaterale Organisationen werden jetzt ebenfalls mit größerer Dringlichkeit erörtert. Was wir dabei sicherstellen müssen, ist, daß daraus ein umfassender Lösungsansatz für die Finanzierungsprobleme hervorgeht, der Afrika die Durchführung seines prioritätssetzenden Anpassungsprogramms erleichtert und die Region auf den Weg zu einer rascheren Entwicklung bringt.

Unter einer Reihe von Mitgliedstaaten, die zum Teil Unterzeichner der Seerechtskonvention der Vereinten Nationen sind, ist ein äußerst wichtiges Übereinkommen erzielt worden, mit dem Streitigkeiten beigelegt werden, die bei ihren Ansprüchen auf Abbaugelände am Meeresboden entstanden waren. Dieses Übereinkommen, das eine realistische Einschätzung des gemeinsamen Interesses an einer geordneten Ausbeutung der Naturschätze des Meeresbodens enthält, sollte zu einer breiteren Anerkennung der Meeresbodenordnung der Konvention beitragen. Auf dem Wege über die Vorbereitungskommission für die Internationale Meeresbodenbehörde und den Internationalen Seerechtsgerichtshof haben die Vereinten Nationen in ihrer Geschichte zum ersten Mal die Registrierung eines – von Indien erhobenen – Anspruchs auf den Meeresboden vorgenommen und ein entsprechendes Gebiet für die internationale Ausbeutung des Meeresbodens reserviert. Die Konvention, die zur Zeit mit 34 von 60 erforderlichen Ratifikationen in einem Schwebestadium verharrt, hat selbstverständlich weit mehr als nur wirtschaftliche Bedeutung. In erster Linie soll die Konvention Konflikte über den Raum, die Nutzung und die Naturschätze der Meere und Ozeane verhüten. Die sich auf Meeresgebiete erstreckenden Spannungen und Feindseligkeiten, die in letzter Zeit in verschiedenen Gebieten aufgetreten sind, erinnern ständig daran, wie notwendig die volle Anerkennung dieses wichtigen Rechtsinstruments ist. Ich möchte hoffen, daß dieselbe realistische Einschätzung der gemeinsamen Interessenlage, die zu dem Übereinkommen über die Abbaugelände geführt und den Weg für die erste Registrierung eines Abbaugeländes geebnet hat, die Staaten auch dazu veranlassen wird, die Konvention zu ratifizieren beziehungsweise ihr beizutreten, soweit dies noch nicht geschehen ist.

Symptomatisch für ein pragmatischeres Vorgehen auf dem Gebiet von Handel und Entwicklung ist meines Erachtens auch, daß die Mitgliedstaaten sich verstärkt um Unterstützung durch das Zentrum der Vereinten Nationen für transnationale Unternehmen bemühen, wenn sie innerstaatliche Rechtsvorschriften entwickeln, die ihre Integration in den wachsenden transnationalen Sektor der Weltwirtschaft erleichtern sollen. Durch seine Beratungs- und Informationsdienste hilft das Zentrum den Ländern aktiv dabei, mit den verschiedenen Möglichkeiten umzugehen, nach denen sich dieser Integrationsprozeß vollziehen kann. Durch die größere Vorhersehbarkeit und Stabilität, die ein Verhaltenskodex für die transnationalen Unternehmen mit sich bringen könnte, würde dieser Prozeß um vieles erleichtert werden. Seit geraumer Zeit besteht größeres Einverständnis über einen Entwurf. Ich habe Hoffnung, daß noch vor Ablauf eines weiteren Jahres ein endgültiger Text verabschiedet wird.

## V

Die Vereinten Nationen müssen es sich auch weiterhin zur ständigen Aufgabe machen, die weltweite Achtung der Menschenrechte zu fördern und an dieses sowie an andere große soziale Probleme mit der Kraft der internationalen Zusammenarbeit heranzugehen. Die Achtung der Menschenrechte ist ein Teil – ein wichtiger Teil – des dynamischen Prozesses, dessen Ziel der Aufbau einer friedlichen Welt ist. In meiner Eigenschaft als Generalsekretär bin ich ständig bestrebt, die Achtung der Menschenrechte zu fördern und dafür zu sorgen, daß das Sekretariat seine wichtigen Verantwortlichkeiten auf diesem Gebiet mit voller Effektivität erfüllt. Die Aktivitäten der Vereinten Nationen, die darauf gerichtet sind, für eine möglichst universale Einhaltung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und der übrigen Menschenrechtsinstrumente der Vereinten Nationen zu sorgen, haben meines Erachtens trotz der finanziellen Schwierigkeiten im vergangenen Jahr eine noch größere Dynamik entwickelt. Die wachsende internationale Beteiligung bei der Auseinandersetzung mit Menschenrechtsfragen und insbesondere die engagierten und energischen Anstrengungen der nichtstaatlichen Organisationen wirken sich positiv aus. Heutzutage werden Situationen, die Anlaß zu Besorgnis geben, in mehreren Gremien der Vereinten Nationen, die zu verschiedenen Zeiten im Jahr tagen, regelmäßig und offen diskutiert, und Tatsachenermittlungen zu spezifischen Situationen werden kontinuierlich vorgenommen. In den Fällen, wo eine uneingeschränkte Zusammenarbeit bislang nicht ge-

ben war, möchte ich die betreffende Regierung nachdrücklich bitten, diese Angelegenheit erneut zu überdenken. In diesem Zusammenhang sind die Beratungsdienste der Vereinten Nationen und das immer stärkere Gewicht, das auf den Aufbau nationaler Systeme zum Schutz der Menschenrechte gelegt wird, meines Erachtens von besonderer Bedeutung. Was die Entwicklung von Methoden für ein konkretes, praktisches Vorgehen betrifft, so hat sich die technische Hilfe der Vereinten Nationen als sehr nützlich erwiesen.

Mit der Gründung der Vereinten Nationen wurde die Achtung der Menschenrechte in der ganzen Welt erstmalig als legitimes Anliegen der internationalen Gemeinschaft anerkannt. In den letzten vierzig Jahren sind Menschenrechtsverletzungen zwar nicht beseitigt worden, doch wurden sehr konkrete Fortschritte erzielt. Die Welt verfolgt Menschenrechtsverletzungen heute mit größerer Wachsamkeit als jemals zuvor. Es gibt keine systematischen Menschenrechtsverletzungen mehr, von denen die Weltöffentlichkeit nichts erfahren würde. Die Vereinten Nationen tragen maßgeblich dazu bei, daß dies so ist. Wir sehen jetzt meines Erachtens Beweise dafür, welch ein wichtiges Forum die Vereinten Nationen darstellen, wenn es darum geht, durch konzentrierte Maßnahmen auf die Bereinigung unzulänglicher Menschenrechtssituationen hinzuwirken, wo immer diese auch auftreten mögen. Dies ist die Richtung, in der wir gemeinsam zielstrebig voranschreiten müssen. Wir stehen kurz vor dem vierzigsten Jahrestag der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Damit die Fortschritte, die durch diese zukunftsweisende Erklärung ermöglicht wurden, noch weiter ausgebaut werden können, fordere ich mit Nachdruck zur universalen Ratifikation und strikten Einhaltung der in den Vereinten Nationen vereinbarten, ergänzenden Instrumente auf, in denen die Rechte, die allen Menschen zukommen, niedergelegt und Verfahren vorgesehen sind, die die Achtung dieser Rechte fördern sollen.

Was die soziale Problematik anbelangt, so möchte ich auf zwei bemerkenswerte Ereignisse zu sprechen kommen, bei denen die Mitgliedstaaten in den letzten Monaten gemeinsam konstruktive Anstrengungen unternommen haben, um ersten weltweiten Gefahren zu begegnen. Im Juni dieses Jahres kamen Vertreter von 138 Nationen aller politischen Richtungen und aller Stadien der wirtschaftlichen Entwicklung in Wien zu einer auf meinen Vorschlag hin von den Vereinten Nationen einberufenen Konferenz zur weltweiten Bekämpfung des Drogenmißbrauchs zusammen. In zehn Tagen harmonischer, dezidierter Erörterungen und Debatten haben die Delegierten einen 35-Punkte-Plan für einen umfassenden, weltweiten Angriff auf diese Geißel der Menschheit ausgearbeitet. Die Konferenz war sowohl ein Platz für Verhandlungen als auch für den Austausch von Gedanken und technologischem Fachwissen. Sie hat einen kurzen Einblick in eine durchaus denkbare Zukunft vermittelt, in der die Nationen fundamentale Meinungsverschiedenheiten und Polemiken hintansetzen, um sich einer sie alle gemeinsam bedrohenden Gefahr zu stellen. Was wir jetzt brauchen, sind kontinuierliche und gut koordinierte Anschlußmaßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene wie auch im System der Vereinten Nationen selbst, die von gleichem Engagement und Realismus getragen werden. Die Vereinten Nationen spielen bereits jetzt eine führende Rolle in der Bekämpfung des Drogenmißbrauchs, wobei sie im Rahmen der Technischen Hilfe zugunsten von Entwicklungsländern eine besonders erfolgreiche Arbeit leisten. Die kürzlich erfolgte beträchtliche Aufstockung der Mittel des Fonds zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs hat ihnen die geographische Ausweitung ihrer Programme ermöglicht. Der Fonds wird inzwischen von allen politischen und regionalen Gruppierungen unterstützt – ein weiteres Beispiel gemeinschaftlich getragener Verantwortung für den Kampf gegen eine allen gemeinsam drohende Gefahr.

Der Drogenmißbrauch kann das Gefüge der Gesellschaften untergraben und das Leben zahlloser Menschen zerstören und tut dies auch. Die allmähliche Zerstörung der Umwelt kann das Leben selbst und die Lebensgrundlagen aller in Frage stellen. Auch um dieser Bedrohung zu begegnen, arbeiten die Nationen mit einem gemeinsamen Ziel im Rahmen der Vereinten Nationen zusammen. Angesichts der besorgniserregenden Entdeckung eines Loches in der Ozonschicht über der Antarktis haben die Mitgliedstaaten in Befolgung der Wiener Konvention zum Schutz der Ozonschicht (1985) in diesem Jahr die Bereitschaft bekundet, nach und nach auf die Verwendung von Chlorfluorkohlenwasserstoffen zu verzichten, obwohl dies für einige von ihnen kurzfristig schmerzliche Anpassungsprozesse mit sich bringen wird. Die positiven Auswirkungen dieser Maßnahme werden allen künftigen Bewohnern dieser Erde zugute kommen.

Das Sekretariat muß so gegliedert sein, daß es die Tätigkeit der Vereinten Nationen zur Förderung der Achtung der Menschenrechte und eines umfassenderen Verständnisses der sozialen Dimensionen globaler Probleme maximal unterstützen kann. Der Aufbau des Sekretariats sollte die Bedeutung dieser Fragen widerspiegeln. Von diesen Überlegungen ausgehend, habe ich als Teil der breit angelegten Reformmaßnahmen, die zur Zeit im Sekretariat durchgeführt werden, im Büro der Vereinten Nationen in Wien die Aktivitäten auf dem Gebiet Sozialpolitik und soziale Entwicklung und im Büro der Vereinten Nationen in Genf die Aktivitäten auf dem Gebiet der Menschenrechte zusammengefaßt. Dies sollte es den Vereinten Nationen ermöglichen, wirksamer im Dienste der Mitgliedstaaten tätig zu werden und sich in einer klareren und kohärenteren Weise zu diesen Fragen zu äußern.

Mit großer Freude habe ich davon Kenntnis genommen, daß viele Mitgliedstaaten dem Sekretariat ihre Anerkennung für die sachkundige Unterstützung ausgesprochen haben, die es in allen von mir erwähnten Fällen geleistet hat, bei denen Fortschritte auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet erzielt werden konnten und für die Vereinten Nationen den erforderlichen Rahmen geboten und häufig auch die Rolle des Katalysators übernommen haben.

## VI

Je mehr man über die zahlreichen wirtschaftlichen und sozialen Probleme unserer Zeit nachdenkt, desto deutlicher wird ihre Vielschichtigkeit, wobei zwischen wirtschaftlichen, sozialen und mitunter auch politischen Variablen eine enge Wechselwirkung besteht. Der unauf löbliche Zusammenhang zwischen Entwicklungs-, Umwelt- und Bevölkerungsfragen wird allmählich besser erkannt. Wir wissen, daß zur Behebung des Drogenmißbrauchs vielfältige Maßnahmen auf wirtschaftlichem, sozialem und rechtlichem Gebiet erforderlich sind. Die Bemühungen um Rüstungsbegrenzung werden in manchen Gebieten durch soziale und wirtschaftliche Faktoren, die häufig in Gewalt und Instabilität ausufern, und durch politische Spannungen behindert. Der Zusammenhang zwischen Abrüstung, Entwicklung und Sicherheit wird von der augenblicklich stattfindenden Konferenz der Vereinten Nationen zu diesem Thema deutlich aufgezeigt. Zur Wahrnehmung seiner unverzichtbaren Rolle, die ihm bei der Auseinandersetzung mit diesem Netzwerk globaler Probleme zukommt, muß das System der Vereinten Nationen mehr zu einem Ganzen zusammenwachsen und in der Lage sein, die für das System in seiner Gesamtheit gesetzten Prioritäten zu verfolgen. Wenn die verfügbaren Ressourcen optimal genutzt werden sollen, um den wachsenden Ansprüchen einer immer größeren Anforderungen stellenden Welt gerecht zu werden, dann wird es immer wichtiger sein, die Aufgaben rationell zwischen den Organisationen des Systems aufzuteilen und ihre jeweiligen Kapazitäten so zu nutzen, daß sie sich gegenseitig ergänzen.

Innerhalb der Vereinten Nationen gibt es bislang kein repräsentatives zwischenstaatliches Organ, das imstande wäre, den Mitgliedstaaten und den Organisationen des Systems der Vereinten Nationen verbindliche Richtlinien für Prioritäten bei globalen Programmen, für die Aufgabenübertragung und für die Verwendung der Ressourcen für Hilfsmaßnahmen zu erteilen. Die meisten Sonderorganisationen und einige Organisationen der Vereinten Nationen selbst haben Leitungsgremien, die auf Ministerebene tagen. Der Wirtschafts- und Sozialrat, der nach der Charta die Aufgabe hat, die Aktivitäten des Systems auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet zu koordinieren und die entsprechenden grundsatzpolitischen Entscheidungen zu treffen, setzt sich indessen nicht aus mit so maßgeblichen Befugnissen ausgestatteten Vertretern zusammen. Dies, finde ich, sollte berichtigt werden. Im Interesse höchster Effektivität könnte der Rat praktisch in einen Ministerrat für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten umgewandelt werden, der ermächtigt wäre, die mittelfristigen Pläne beziehungsweise gleichwertigen Dokumente sämtlicher Organisationen des Systems der Vereinten Nationen zu überprüfen und so unter Berücksichtigung der von ihm selbst gesetzten globalen Prioritäten zu einer rationellen Ressourcennutzung beizutragen, das Gesamtsystem zu stärken und ihm mehr Kohärenz zu verleihen. Bei einer umfassenderen Beteiligung der Sonderorganisationen könnte der Rat den Stand der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung weltweit laufend verfolgen und Programmänderungen vorschlagen, um dem Wandel der Gegebenheiten und neuen Erfordernissen Rechnung zu tragen. Die im Kabinettsrang stehenden Ratsmitglieder könnten je nach dem zur Behandlung anstehenden wirtschaftlichen oder sozialen Problem auch wechseln oder Verstärkung erhalten und könnten mit sehr viel mehr Autorität sprechen, als dies bisher der Fall ist. Die bisherige Funktion des Wirtschafts- und Sozialrats als Beratungsorgan könnte angesichts einer solchen Ausrichtung zum Teil oder auch ganz auf den 2. oder 3. Hauptausschuß der Generalversammlung übergehen. Dies bedürfte einer sorgfältigen Analyse.

Eine etwaige Verwirklichung dieses Konzepts würde natürlich eine radikale Änderung der Arbeitsweise des Wirtschafts- und Sozialrats zur Folge haben, die meines Erachtens jedoch der ursprünglichen Absicht der Charta eher entsprechen dürfte als die bisherige Funktionsweise des ECOSOC. Ich trage dieses Konzept hier vor, weil die Ereignisse des vergangenen Jahres nach meiner Auffassung erneut gezeigt haben, daß die Vereinten Nationen ihre Aktivitäten stärker integrieren müssen, um dem Erfordernis ganzheitlicherer Lösungsansätze für wirtschaftliche und soziale Probleme entsprechen zu können. Ich hoffe, daß dieses Konzept zusammen mit anderen Anregungen, die zu diesem Thema gemacht worden sind, die Mitgliedstaaten zu einer baldigen, ernsthaften Auseinandersetzung mit der Frage anregen wird, welche Richtung wir einschlagen sollten. Ich sehe mich zu der Feststellung gezwungen, daß der Rat in den letzten Jahren seine geistige Führungsrolle und die erforderliche Koordinierung der Arbeit der Vereinten Nationen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet nicht hinlänglich wahrgenommen hat. Hinzuzufügen wäre auch, daß die bruchstückhaften Reformen, die im Laufe der Jahre vorgenommen worden sind, um die Funktionsweise des Wirtschafts- und Sozialrats zu verbessern, nicht die gewünschte Wirkung gehabt haben. Es ist

zunehmend an der Zeit, sich auf die eigentliche Aufgabenstellung des Rates zu konzentrieren, statt sich damit zu befassen, wie er das, was er bisher getan hat, besser machen kann. Es kommt jetzt besonders darauf an, daß die Vereinten Nationen eine Organisationsform erhalten, die es ihnen erlaubt, den sich meiner Meinung nach anbahnenden Konsens unter den Mitgliedstaaten bei der Auseinandersetzung mit globalen Problemen optimal zu nutzen.

Zur Förderung eines integrierten Lösungsansatzes für die bestehenden Probleme und zur optimalen Nutzung der Humanressourcen des Systems würde ich die Schaffung eines kleineren entwicklungspolitischen Planungsstabs, dem Vertreter der entsprechenden Sonderorganisationen und der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen angehören, ebenfalls für sehr wertvoll halten. Ein solcher Planungsstab könnte sich mit integrierten Lösungsansätzen für entwicklungspolitische Probleme und Zielsetzungen befassen und dabei die Potentiale berücksichtigen, über die das System als Ganzes verfügt.

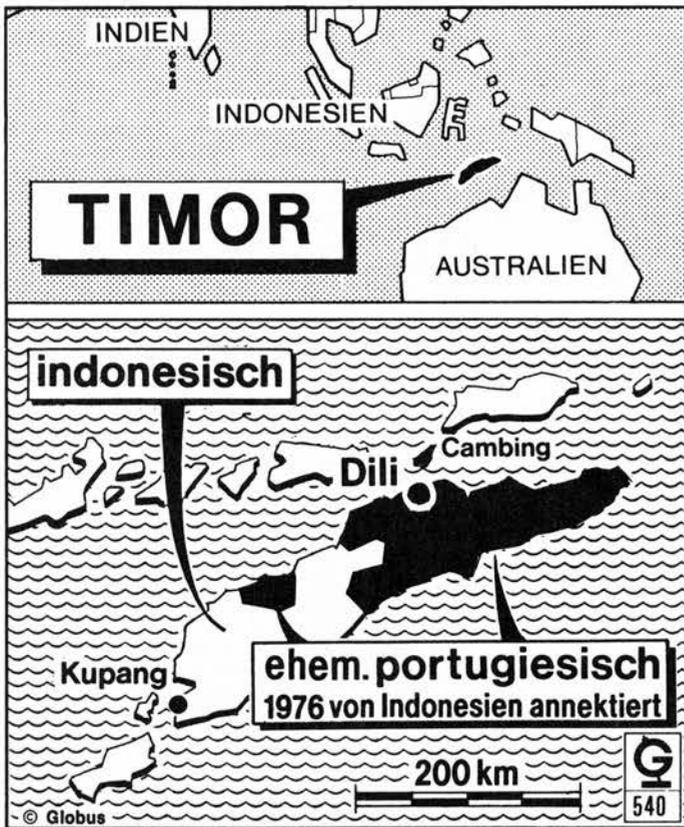
## VII

Mir ist bewußt, daß die Bereitschaft der Regierungen, die Vereinten Nationen als Forum für die Behandlung vieler der in den vorangehenden Abschnitten dieses Berichts angesprochenen Probleme zu benutzen, zum Teil davon abhängig sein wird, wie sie die Effizienz und Effektivität der Organisation beurteilen. Aus diesem Grunde habe ich es begrüßt, daß die Generalversammlung auf ihrer einundvierzigsten Tagung die Resolution 41/213 über die Überprüfung der administrativen und finanziellen Effizienz der Vereinten Nationen verabschiedet hat — ein Schritt, der für die Vereinten Nationen in dieser kritischen Zeit eine wichtige Wende bringen könnte. Wie ich in diesem Jahr schon in meinem Sachstandsbericht an den Programm- und Koordinierungsausschuß ausgeführt habe, können die Ziele, die die Versammlung in dieser Resolution gesetzt hat, nur erreicht werden, wenn sich die Mitgliedstaaten und das Sekretariat ihrer Verantwortung gemeinsam stellen. Was den unmittelbaren Zusammenhang zwischen etwaigen Veränderungen im zwischenstaatlichen Apparat und einer Änderung der Anzahl, der Zusammensetzung und der Tätigkeit der Mitarbeiter des Sekretariats anbetrifft, so sind meine Auffassungen aktenkundig.

Der Entwurf des Programmhaushalts für den nächsten Zweijahreszeitraum, den ich der Generalversammlung vorgelegt habe, wurde gegenüber den berechtigten Mittelbewilligungen für den laufenden Zweijahreszeitraum um 1,8 Prozent gekürzt und spiegelt verschiedene von mir bereits vollzogene Sparmaßnahmen wider. Jedes einzelne Programm wird zur Zeit rigoros überprüft, um die spezifischen Aufgabebereiche zu ermitteln, in denen Stellenkürzungen am ehesten verkraftet werden können. Mit politischen Fragen befaßte Sekretariatsbereiche sind umorganisiert und funktioneller gestaltet worden, und die Überprüfung der für wirtschaftliche und soziale Fragen zuständigen Bereiche ist im Gang. Eine Umstrukturierung der Hauptabteilung Verwaltung und Management ist abgeschlossen, und in der Hauptabteilung Presse und Information werden zur Zeit entscheidende Veränderungen vorgenommen. Ich bin überzeugt, daß diese Maßnahmen die Vereinten Nationen besser in die Lage versetzen werden, ihre Aufgaben zu erfüllen.

Ich muß deutlich darauf hinweisen, daß sich die erforderliche Verlängerung der Sparmaßnahmen, namentlich der Einstellungsstopp für Personal und die für Tagungen geltenden Beschränkungen, nachteilig auf die Programmdurchführung und auf das Sekretariatspersonal auswirken, obwohl ich bestrebt gewesen bin, die Härten in beiden Fällen auf ein Mindestmaß zu beschränken. Die Abstimmungsmechanismen zwischen der Personalvertretung und der Leitung, die sich schon früher als fruchtbar erwiesen haben, sind jetzt besonders wichtig geworden. Man kann sogar sagen, daß das Personal bei dem Bemühen, für die Durchführung der von der Generalversammlung angeordneten Reformmaßnahmen die besten Mittel und Wege zu finden, aktiv mitgewirkt hat. Damit die in dieser kritischen Situation bewiesene Kooperation gestärkt wird, ist allerdings eine noch effektivere Kommunikation zwischen den Mitarbeitern einerseits und dem Management auf der Ebene der Hauptabteilungen und innerhalb des Sekretariats überhaupt vonnöten.

Durch den Personalabbau lassen sich erhebliche Einsparungen im ordentlichen Haushalt erzielen. Gleichzeitig kann dieser Abbau selbst jedoch wieder besondere Mittelbereitstellungen erforderlich machen, und einige zusätzliche Mittel werden auch benötigt, um das Sekretariat durch ein größeres Fortbildungsangebot, eine bessere Laufbahnförderung sowie den Einsatz der Datenverarbeitung und die Büroautomation zu stärken. Außerdem müssen wir weiterhin Anreize schaffen, um hochbegabte Mitarbeiter nach Maßgabe der in der Charta und in den Resolutionen der Generalversammlung vorgesehenen ausgewogenen geographischen Verteilung zum Eintritt in den Dienst der Vereinten Nationen zu bewegen und dort auch halten zu können. Während auf der einen Seite der Einstellungsstopp unweigerlich die Zügigkeit beeinträchtigen wird, mit der sich früher gesetzte Ziele verwirklichen lassen, so werden auf der anderen zur Zeit Sondermaßnahmen getroffen, um zu gewährleisten, daß fähige Frauen im Sekretariat auf dem Beförderungsweg in leitende Positionen aufsteigen. Die Erfahrung des vergangenen Jahres hat gezeigt, daß auf diese Weise viel erreicht wer-



Vor mittlerweile elf Jahren, am 17. Juli 1976, wurde Osttimor als 27. Provinz in den indonesischen Staatsverband eingegliedert. Dies geschah freilich gegen bewaffneten Widerstand aus der Bevölkerung und auch nicht im Einvernehmen mit der Verwaltungsmacht Portugal. Die Osttimor-Frage ist als eigener Tagesordnungspunkt seit zehn Jahren bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen anhängig; Indonesien hat es jedoch in letzter Zeit verstanden, die Behandlung des Themas immer wieder verschieben zu lassen (vgl. S.178 dieser Ausgabe und Klaus Figge, Ost-Timor: fern, unbekannt, vergessen, VN 4/1981 S.113ff.).

den kann. Ich habe in dieser Zeit drei Frauen in den Rang eines Unter-Generalsekretärs erhoben.

Die Finanzkrise, welche die Sparmaßnahmen erforderlich gemacht und den Anstoß zu den gegenwärtig im Gang befindlichen Reformen gegeben hat, war auf tieferliegende Ursachen zurückzuführen als auf Unzufriedenheit mit der verwaltungsmäßigen Leistungsfähigkeit der Vereinten Nationen. Tiefwurzelnde politische Differenzen führten auf verschiedener Seite zu einer Abkehr vom Multilateralismus und veranlaßten einige Mitgliedstaaten zur Ablehnung bereits verabschiedeter Programme. Dies wiederum führte zur Einbehaltung von Pflichtbeiträgen, was zusammen mit der verspäteten Zahlung von Beiträgen die gegenwärtige Krise ausgelöst hat. Wie in den vorangegangenen Abschnitten dieses Berichts bereits ausgeführt, gibt es nunmehr Anzeichen für eine neuerliche Anerkennung der Bedeutung der Vereinten Nationen bei der Bewältigung globaler Probleme. Der Hauptbeitragszahler hat die Verbindlichkeit der von der Generalversammlung beschlossenen Veranlagungen zum Haushalt bestätigt. Viele Mitgliedstaaten haben ihren Glauben an den Wert der Vereinten Nationen dadurch unter Beweis gestellt, daß sie als Reaktion auf die akute Notlage der Organisation finanzielle Hilfe geleistet haben, die zum Teil über ihre Pflichtbeiträge hinausging.

Angesichts dieser Entwicklungen und der laufenden Reformen erhoffe ich mir jetzt die baldige finanzielle Gesundung der Organisation. Ich muß jedoch betonen, daß es noch nicht so weit ist. Es gibt bisher keine Versicherung dafür, daß die im Rahmen des Sparprogramms angesetzten Mindest-Betriebskosten durch die Entrichtung der Pflichtbeiträge gedeckt werden. Eine ordentliche Haushalts- und Wirtschaftsführung wird ernstlich erschwert, wenn Unsicherheit darüber besteht, ob ein wesentlicher Teil der Mittel des ordentlichen Programmhaushalts überhaupt eingeht. Die zur Zeit unternommenen Reformen werden viel zur Schaffung einer leistungsstarken Organisation beitragen, in die die Mitgliedstaaten ihr Vertrauen setzen können. Die finanzielle Lebensfähigkeit und die tatsächliche Funktionsfähigkeit der Vereinten Nationen werden jedoch in erster Linie davon abhängen, ob alle Mitgliedstaaten den ihnen auf Grund ihrer Mitgliedschaft obliegenden finanziellen Verpflichtungen nachkommen.

\*\*\*

Das pragmatische Vorgehen der Mitgliedstaaten bei der gemeinsamen Suche nach Lösungen für wirtschaftliche und soziale Probleme und

die vom Sicherheitsrat in den letzten Wochen an den Tag gelegte Einigkeit sind Entwicklungen, die die ursprüngliche Vision davon wieder aufleben lassen, was durch die Vereinten Nationen bei der Schaffung einer sichereren, gerechteren und von größerem Wohlstand geprägten Welt erreicht werden kann. Auf diese Vision müssen die Mitgliedstaaten sich wieder besinnen. Es mag widersprüchlich anmuten, hier in einem Atemzug von Pragmatismus und von einer Vision zu sprechen. Ich glaube aber, daß eine Vision, wenn nicht realistische Mittel und Wege aufgezeigt werden, um sich ihr anzunähern, zu Desillusioniertheit und Zynismus führen kann. Dies ist ja auch bis zu einem gewissen Grade in den Jahren eingetreten, seit die Vereinten Nationen mit einer Friedensvision gegründet wurden.

Die Charta der Vereinten Nationen legt die Grundsätze fest, die zu befolgen sind, wenn Friede im ureigensten Sinne dessen geschaffen werden soll, was wahrer Friede beinhaltet. Diese Grundsätze haben nichts an Relevanz oder Gültigkeit eingebüßt. Woran es nur allzu oft gemangelt hat, ist die Bereitschaft der Mitgliedstaaten, ihre nationalen Differenzen und nationalen Ambitionen beiseite zu lassen und miteinander im Rahmen der Vereinten Nationen nach diesen Grundsätzen auf gemeinsame Ziele hinzuwirken. Ich bin überzeugt, daß dazu der Gemeinschaftlichkeitsfaktor viel beitragen kann, den ich eingangs in diesem Bericht angesprochen habe und der darauf beruht, daß die Mitgliedstaaten ihre nationalen Interessen im Angesicht globaler Herausforderungen realistisch einschätzen. Es liegt auf der Hand, daß diese Herausforderungen, von denen ich viele genannt habe und unter denen die Verhütung eines Atomkriegs an wichtigster Stelle steht, die Sicherheit und das Wohl aller Länder berühren. Es liegt in ihrem eigenen nationalen Interesse, mit anderen in einem multilateralen Rahmen zusammenzuarbeiten, da diesen Herausforderungen sonst nicht erfolgreich begegnet werden kann. Diese sind meist so geartet, daß sie am ehesten pragmatischen Maßnahmen zugänglich sind. In einer ideologisch geteilten Welt kann dies die Grundlagen für ein gemeinschaftliches Vorgehen schaffen, wie es meines Erachtens in einigen Fällen ansatzweise bereits geschehen ist. Sobald Länder erst einmal die Erfahrung gemacht haben, daß nationale Differenzen im Interesse einer realistischen Auseinandersetzung mit globalen Bedrohungen des wirtschaftlichen und sozialen Wohls zurückstehen müssen, werden sie nach meinem Dafürhalten auch eher geneigt sein, bei der Suche nach Lösungen für politische Probleme, die die Lebensbedingungen auf der Erde genauso, wenn nicht sogar noch unmittelbarer, beeinträchtigen können, ebenso zu verfahren. Insofern vergrößern sich die Relevanz und das Potential der Vereinten Nationen als schon bestehendes, natürliches universales Instrument für die globalen Problemen gewidmete internationale Zusammenarbeit.

Die Vereinten Nationen haben, was ihr Arbeitsprogramm angeht, bisher mit dem globalen Wandel Schritt gehalten. Gelegentlich haben sie sogar das Tempo für den Wandel vorgegeben. Hierbei haben sie möglicherweise hin und wieder die Grenzen ihres verwaltungsmäßigen Leistungspotentials und der verfügbaren Ressourcen überschritten. Die derzeit laufenden Haushalts- und Verwaltungsreformen dürften wohl ganz wesentlich zur Behebung bestehender Schwachstellen beitragen. Die Organisation wird jedoch auch weiterhin mit stetiger Aufmerksamkeit die ständig wechselnden Erfordernisse eines im Wandel befindlichen Planeten verfolgen und gegenüber den klügsten Ideen und Ratschlägen aufgeschlossen bleiben müssen, die die geistige Elite der Welt ihr anzubieten hat. Damit dies auch geschieht, müssen die Vereinten Nationen meiner Auffassung nach eine größere Fähigkeit entwickeln, in ihren globalen Auftrag die hervorragendsten Staatsmänner und Wissenschaftler aus der ganzen Welt mit einzubeziehen. Eine solche Partnerschaft wird, wie schon die nichtstaatlichen Organisationen, auf deren Leistungsvermögen die Vereinten Nationen ganz entschieden angewiesen sind, nach meiner Überzeugung die Vereinten Nationen als eine Institution stärken, in der die geistigen Ressourcen und das praktische Erfahrungsgut der internationalen Gemeinschaft gebündelt zur Bewältigung der Anforderungen der kommenden Jahre eingesetzt werden können. Ich werde in den vor uns liegenden Jahren alles daransetzen, um eine solche Verbindung zu entwickeln und zu pflegen.

Die friedliche Lösung von Problemen hängt von nichts so sehr ab wie von einer Interessensübereinstimmung. Das vergangene Jahr scheint mir in dieser Hinsicht mehr Klarheit gebracht zu haben. Ich habe keinen Zweifel daran, daß mittlerweile in wichtigen, die ganze Welt angehenden Fragen eine solche Übereinstimmung besteht. Die im vergangenen Jahr ganz offensichtlich begonnene Umsetzung dieser Übereinstimmung in praktische Vereinbarungen muß und kann in einem anhaltenden Dialog und Verhandlungen fortgesetzt und, dazu rufe ich dringend auf, im Rahmen von Unternehmungen weiter ausgebaut werden, bei denen die Kapazitäten der einzelnen Länder zum gemeinsamen Wohl der Menschheit zusammenkommen. Wir müssen darin einen wichtigen Bestandteil des in der Charta festgelegten dynamischen Friedensprozesses sehen, bei dem den Vereinten Nationen eine unverzichtbare Rolle zufällt.

9. September 1987  
(UN-Dok. A/42/1)

Anmerkung: Für die Überschrift ist die Redaktion verantwortlich.